

# Friedliche Koexistenz in unserer Zeit

Arne C. Seifert

*Der folgende Text ist ein Resümee der Studie: „Friedliche Koexistenz in unserer Zeit. Der neue Kalte Krieg und die Friedensfrage“, die soeben im Verlag WeltTrends erschienen ist. Die Studie will enttabuisieren, scheinbare Ausweglosigkeit aufbrechen und zu Alternativen herausfordern. Sie zeichnet Wurzeln, Strukturen, Evolution und Folgen eines zweiten Kalten Kriegs aus friedenspolitischer Perspektive nach. Notwendig ist eine Politik, die eine klare Diagnose von Veränderungen im globalen Kräfteverhältnis mit einem angemessenen institutionellen und normativen Design im Interesse der globalen Sicherheit und des Friedens kombiniert.<sup>1</sup>*

Nun steht also die NATO in Europa, militärisch und ideologisch hochgerüstet, auf Russlands europäischer Türschwelle. – Was nun? Das letzte, direkt ins Innere Russlands führende Schlupfloch – die Krim – hat Russland geschlossen und wird es auch nicht wieder öffnen. Also bleibt auch auf dieser Seite die Frage offen „was nun?“ Die Schwelle überschreiten – für die eine? Vorverteidigung für die andere? Beides bedeutet Krieg. Wiederum wäre Europa der Schauplatz, wie im Ost-West-Konflikt. Das macht die Frage „Was nun?“ erneut zu einer europäisch- kollektiven Frage.

Das Fehlen akut fälliger, praktikabler Antworten auf diese Frage verdeutlicht zweierlei. Zum einen: Ganz offensichtlich ist die militärische Karte ausgereizt. Zum anderen: Es verbleiben vor allem politische Mittel friedlicher Koexistenz. Denen steht des Westens Universalismuskonzeption, seiner Werte und normativen politischen Systemregeln im Weg. Sein hegemonialer Anspruch löst de facto, mutatis mutandis, den einst weltrevolutionären Anspruch eines sozialistischen Lagers ab, welcher 1989/90 abrüsten musste. Um jenen Universalanspruch drehen sich West-Ost-Konflikt und der neue Kalte Krieg.

In seiner Evolution durchlief dieser neue West-Ost-Konflikt zwei Phasen; in beiden ging es dem Westen um Dominanzerweiterung. Nach 1990 ging es etwa zwanzig Jahre lang zunächst um das Zurückgewinnen verlorener osteuropäischer Räume – die durch die Oktoberrevolution 1917 und nach 1945 unter die Kontrolle der Sowjetunion gekommen waren. Hinzu kam der postsowjetische Raum in Kaukasus und Zentralasien. In beiden Räumen galt es, mit Hilfe ökonomischer und politischer Transformationsstrategien das marktwirtschaftliche kapitalistische System zu etablieren. Bereits in dieser ersten Phase entwickelte der Westen für sein „Raumgreifen“ eine Doppelstrategie in Gestalt des Amalgamierens internationalen und innenpolitischen Vorgehens.

In der gegenwärtigen, zweiten Phase internationalisiert der Westen diese Grundarchitektur in dem Maße und Tempo, wie neue multipolare Machtstrukturen global Gestalt annehmen und ihre Heterogenität zunimmt. Da es nicht in des Westens Macht liegt, die Dynamik jener multipolaren Veränderungen zum Stehen zu bringen, drohen sie, seiner Kontrolle und Vorherrschaft zu entgleiten. Der Universalitätsanspruch ist seine paradigmatische Gegenstrategie in Gestalt von „liberal world order“, „rule-based international order“ oder „europäischer Wertekanon“. Zum westlichen

---

1 Hans-Joachim Spanger: Rethinking European Security, FES Regional Office for Cooperation and Peace in Europe, Wien, Oktober 2019, S. 8 (Übersetzung A.S.), <http://www.fes-vienna.org>.

Universalitätsanspruch positionieren sich unausweichlich, wenn auch unterschiedlich, jene, die sich ein- oder unterordnen sollen: Große Mächte, wie China, Russland, Japan, Brasilien, Indien, sowie Regionalmächte, wie Nigeria, Iran, Südafrika, Indonesien.

Insbesondere der eurasische Kontinentalraum entwickelt sich zum Dreh- und Angelpunkt neuer multipolarer Kräfteverhältnisse. Die USA melden für diesen Raum unverblümt ihren Hegemonieanspruch an. Sie erklären, sie würden Russland und China nicht erlauben, sich in Eurasien zu regionalen Hegemonen aufzuschwingen. In einer am 27. Januar 2021 veröffentlichten Zuarbeit für den US-Kongress heißt es: „das Schlüsselement der nationalen Grand Strategie der USA ist, das Ziel zu verfolgen, das Entstehen regionaler Hegemonien in Eurasien zu verhindern.“ Auch dafür erforderliches militärisches Potential wird umrissen.<sup>2</sup>

„Es steht außer Frage, dass im internationalen System eine Machtverschiebung stattgefunden hat und dass dies den Westen eher geschwächt als gestärkt hat. [...] Das proklamierte ‚Bündnis für Multilateralismus‘ sowie die von der Europäischen Union angestrebte ‚strategische Autonomie‘ sind Abwehrreaktionen. [...] Notwendig ist eine Politik, die eine klare Diagnose von Veränderungen im globalen Kräfteverhältnis mit einem angemessenen institutionellen und normativen Design im Interesse der globalen Sicherheit und des Friedens kombiniert. Dies ist umso dringlicher, als in der Vergangenheit solche Anpassungen selten stattfanden, ohne auf Krieg zurückzugreifen.“<sup>3</sup>

Dieses Bild umreißt gedrängt das globale Umfeld, in dem neuer West-Ost-Konflikt, neuer Kalter Krieg und der Universalitätsanspruch des Westens sich zu „schlagen“ haben, und determiniert zugleich die Dimensionen der Friedensfrage in der Gegenwart. Unter diesem Gesichtspunkt verdienen zumindest zwei Aspekte besondere Aufmerksamkeit:

Zum einen, die sich in den neuen Mächtekonstellationen herausbildenden Widersprüche. So ist nicht auszuschließen, dass die Kompatibilität zwischen massiver amerikanischer hegemonialer Intervention in Eurasien gegen China, Russland sowie deren Bündnisse und den Interessen europäischer Couleur nicht allzu eng sein dürfte.

Zum anderen finden Erfahrungen aus den Verhandlungs- und Vermittlungsprozessen der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE, 1975-93) zwischen den damaligen antagonistischen Weltlagern ein neues Gewicht. Die KSZE vermochte es, deren Konfrontation zu

---

2 So heißt in einer Zuarbeit an den US-Kongress für Strategieentscheidungen durch Präsident Biden: „Aus Sicht der USA in Bezug auf Strategie und Geopolitik ist festzustellen, dass sich die meisten Menschen, Ressourcen und wirtschaftlichen Aktivitäten der Welt nicht auf der westlichen Hemisphäre befinden, sondern ....insbesondere in Eurasien. Als Reaktion auf dieses grundlegende Merkmal der Weltgeographie haben die politischen Entscheidungsträger der USA in den letzten Jahrzehnten beschlossen, als Schlüsselement der nationalen Grand Strategie der USA das Ziel zu verfolgen, die Entstehung regionaler Hegemonien in Eurasien zu verhindern. ....Das Ziel, die Entstehung regionaler Hegemonien in Eurasien zu verhindern, ist ein Hauptgrund dafür, dass das US-Militär mit Streitkräften strukturiert ist, die es ihm ermöglichen, von den Vereinigten Staaten aus ....in Eurasien oder in den Gewässern und im Luftraum um Eurasien zu starten.“ Renewed Great Power Competition: Implications for Defense-Issues for Congress, Congressional Research Service, Report for Prepared for Members and Committees of Congress, S. 3. <https://crsreports.congress.gov, R43838>, Updated January 27, 2021.

3 Hans-Joachim Spanger, a.a.O.

„zivilisieren“. „Zivilisieren“ im Sinne politischer Kompromissregelungen von systemischen Widersprüchen, politischen Gegensätzen und militärischen Bedrohungs-wahrnehmungen.

Für eine „Vorwärtsbesinnung“ auf Prinzipien und Erfahrungen des Helsinki-Prozesses spricht auch folgende historische Besonderheit: Nicht der Helsinki-Prozess löste den Ost-West-Konflikt auf. Vielmehr schaffte ihn die sang- und klanglose Selbstauslöschung des sozialistischen Systems ab. Dieser bemerkenswerte Vorgang ist es wert, hinsichtlich einer realistischen Einschätzung der Herausforderungen in dem neuen West-Ost-Konflikt und neuen Kalten Krieg festgehalten zu werden. Dessen Mächtekonstellationen sind dergestalt, dass mit einer Selbstauslöschung einer der Konfliktseiten nicht zu rechnen ist. Ganz im Gegenteil, des Westens politisches und Werte-System verfügt in der Multipolarität über keine Mehrheit.<sup>4</sup>

### **Was charakterisiert den neuen Kalten Krieg?**

Ersten und zweiten Kalten Krieg unterscheiden erhebliche Merkmale. Im Vergleich zum „alten“ Ost-West-Konflikt und Kalten Krieg bewegen sich die Konflikte heute zwischen unterschiedlichen politischen Systemen im Kontext multipolarer Widersprüche, Rivalitäten und Einflusszonen. Im Unterschied zum systemisch bipolaren ersten Kalten Krieg agieren die neuen Mächtegruppierungen – USA, EU, NATO, China, Russland, Shanghai-Organisation für Kooperation, BRICS – in einer global übergreifenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Welche geostrategischen Rückwirkungen jener neue geopolitische Pluralismus auf die Stabilität des Weltkapitalismus haben wird, bleibt weitgehend ungeklärt. Dass der neue westliche Typus des Kalten Kriegs um universale Werte- und Systemhegemonie, seine Ziele, Charakter, Struktur und Mittel die Heterogenität des globalen Kapitalismus insgesamt verstärkt – damit ist zu rechnen. Auch unter einem von Jürgen Habermas benannten Gesichtspunkt, dass „die im Westen genährte Überzeugung, weltgeschichtlich Recht bekommen zu haben, eine verführerische Wirkung ausübt.“<sup>5</sup> Das gilt, so Samuel P. Huntington, auch für dessen „Auffassung“, „seine Ideologie des demokratischen Liberalismus habe weltweit gesiegt und sei daher weltweit gültig. [...] Was für den Westen Universalismus ist, ist für den Rest der Welt Imperialismus.“<sup>6</sup>

Der gegenwärtige West-Ost-Konflikt und der in diesen eingebettete zweite Kalte Krieg sind primär ordnungspolitische System- sowie hegemoniale Anspruchskonflikte. Ihre Sprengkraft liegt ausschlaggebend höher, weil die Totalisierung von Politik und Mitteln angehoben wurde. Sie verdichtet sich aktuell in einem „Kalten Wertekrieg“, welche militärische Mittel sowie „veränderte Muster der Druckausübung“, wie Sanktionen aller Couleur, einbezieht. „Wirtschaftskrieg ohne

---

4 Es besteht eine dramatische Kluft zwischen der sogenannten OECD-Welt (ca. 16% der Weltbevölkerung) und dem „Rest der Welt“. „Die Zerklüftungen innerhalb der Nicht-OECD-Welt sind nicht weniger markant: Etwa 10% der Weltbevölkerung lebt unter den Bedingungen von 'Staaten', die zusammengebrochen sind oder deren Zerfall ernsthaft droht. 37% der Weltbevölkerung lebt allein in zwei Makrostaaten: China und Indien, weitere 37% in ca. 130 Gesellschaften, die sich durch eine sogenannte begrenzte Staatlichkeit auszeichnen.“ Dieter Senghaas: Wissenschaftsbiographische Notizen, in: War der Kalte Krieg ein Krieg? - Realitäten, Phantasien, Paradoxien, <https://link.springer.com/article/10.1007/s11578-003-0016-y>.

5 Jürgen Habermas: Zur Verfassung Europas, Suhrkamp, Berlin 2011, S. 103.

6 Samuel P. Huntington: Kampf der Kulturen, Siedler, München 1998, S. 292.

offizielle Kriegserklärung, Einfluss auf Entscheidungsträger, Verhängung von Wirtschaftssanktionen ermöglichen den Entscheidungsträgern in den USA und Europa, ihren Gegnern genauso hohe politische und wirtschaftliche Kosten wie mit einem Kriegseinsatz aufzuerlegen, um deren Entscheidungsfindung zu beeinflussen – ohne Soldaten ins Unglück schicken zu müssen.“<sup>7</sup>

Somit ist jener Wertekrieg kein defensiver, sondern ein offensiver. Das Offensive steckt in der Selbstermächtigung zu „Regime Change“, „Innendruck“ in Staaten und Installation bündnisgerechter Regime. Er wirkt damit subversiv in regionale Staatenkonstellationen zugunsten von Einflussweiterung ein, zuvörderst der NATO.

Legt man die Folien beider Kalter Kriege übereinander, so finden sich im zweiten auch die konfliktiven Sachverhalte des ersten wieder: „Ideologische Konfrontation; Rüstungskonkurrenz; wirtschaftliche Kampfmaßnahmen (Embargo-Politik); permanente Kampfmaßnahmen an dritter Stelle; Versuche ideologischer und propagandistischer Unterwanderung, also Strategie der ideologischen Kriegsführung; Umsturzversuche, um dritte Regierungen auf ihre Seite zu ziehen; in zugespitzten Situationen das sogenannte 'brinkmanship',<sup>8</sup> also eine Politik nahe am Rande des Krieges, um den eigenen Interessen Nachdruck zu verleihen.“ (Senghaas) Auch waren während des ersten Systemkonflikts Kalter Krieg und (sozialistische) Sowjetunion Synonyme, was sich im neuen Kalten Krieg mit Russland (obwohl kapitalistisch) wiederholt.

Wie in der Analyse ausführlich aufgeblätterte Quellen belegen, stand im Mittelpunkt westlicher Strategie das ordnungspolitische Gleichschalten des post-sowjetischen Raums als einer kontinentalen Einflusszone. Den eurasischen Raum „reservierten“ die USA als ihre Domäne für sich. Dazu Zbigniew Brzezinski 1997: „Amerika ist nun der Schiedsrichter Eurasiens, und kein größeres eurasisches Problem lässt sich ohne Beteiligung der USA oder gegen seine Interessen lösen.“

Die USA lenkten ihre ersten Schritte zur NATO-Osterweiterung bereits im Februar 1990 nach Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei, um deren Bereitschaft dazu zu sondieren. „Wir hielten es für wichtig auseinanderzusetzen, weshalb die Vereinigten Staaten nicht der Meinung waren, dass die KSZE die Nato als Instrument der europäischen Sicherheit ersetzen könnte“, berichtete Robert L. Hutchings, außenpolitischer Referent in der Administration von Bush Sen. und Teilnehmer jener Gespräche.<sup>9</sup>

Die Ursprünge des neuen West-Ost-Konflikts sind folglich bereits 1990 zu suchen, schon bevor die 2+4-Verhandlungen über die deutsche Einheit anstanden und vor der Auflösung des Warschauer Vertrags (31. März 1991). So blieb auch eine gemeinsame europäische Sicherheitsordnung perspektivlos, die Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher, NATO-Generalsekretär Wörner und Egon Bahr erwogen.

Erste Wurzeln für die „tiefe Krise zwischen Russland und dem Westen“ wurden folglich bereits in jenem amerikanischen Vorgehen gesetzt. Gernot Erler, Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft im Auswärtigen Amt, schätzte 2017 ein: Die Krise „ist auf den ersten Blick vom Ukraine-Konflikt

---

7 Sascha Lohmann: Diplomaten und der Einsatz von Wirtschaftssanktionen, in: Volker Stenzel (Hrsg.): Die neue Wirklichkeit der Außenpolitik, Nomos, Baden-Baden 2019, S. 28, 26.

8 „Brinkmanship“ (Englisch), „Spiel mit dem Feuer.“

9 Robert L. Hutchings: Als der Kalte Krieg zu Ende war, Alexander Fest Verlag, Berlin 1999, S. 176.

ausgegangen, häufig ist die Rede von der Verletzung der europäischen Friedensordnung, also der vereinbarten Regeln und Prinzipien von Helsinki und Paris. [...] Die Frage ist, warum wird keine politische Lösung gefunden. Die Krise hat offenbar Wurzeln, die tiefer liegen. Immer mehr schält sich heraus, dass der Konflikt nicht Anlass, sondern Produkt eines schon länger währenden Prozesses von Vertrauensverlust und Entfremdung ist“.<sup>10</sup>

### **Friedliche Koexistenz und neuer Kalter Krieg**

Die Gesamtkonstruktion eines *Modus vivendi* als Verbindung von Stabilität der Staatenbeziehungen, Verhältnis auf Führungsebenen und jeweiligem militärischen *Status quo* erwies sich als eine Art Generalschlüssel zu friedlicher Koexistenz

Der neue Kalte Krieg schadet Europa und der EU am meisten: Er spaltet den gemeinsamen eurasischen Raum. Er hindert daran, Europas eurasische kontinentale Verortung zum gegenseitigen Vorteil in den Blick zu nehmen. Letzteres ist perspektivisch von zentralem Gewicht, denn niemand anderes kann sich einer kontinentalen Nachbarschaft dreier Zentren der neuen multipolaren Weltkonstruktion erfreuen, wie China, Europa und Russland. Ein Verhältnis friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit könnten sie gemeinsam zum globalen wirtschaftlichen Gravitationszentrum machen. „Es wäre die eigentliche Aufgabe Westeuropas, mit seinem spezifischen Potenzial zur Zivilisierung von Konflikten beizutragen, und nicht zu versuchen, sich als vierter Pol in der globalen Machtkonstellation zu etablieren. Dies schließt die Einleitung des vorgeschlagenen Kurs- und Perspektivenwechsels sowohl gegenüber Russland als auch gegenüber China ein, da ein solcher Wechsel nur in Europa stattfinden kann. Von den USA ist diesbezüglich derzeit nichts zu erwarten“ (Spanger)

Europa sollte mit Russland und China Wege zur Gestaltung gegenseitig vorteilhafter Wirtschaftsbeziehungen sowie eines modernen Modells ökonomischer Kooperation und Konnektivität finden, das sich den neuen multipolaren Anforderungen stellt, sowohl miteinander als auch die regionale, nicht spannungsfreie Vielfalt dieses Raums in Betracht ziehend. Ein solcher Ansatz moderner „pragmatischer Koexistenz“ (Spanger) könnte sich über den Bereich Handel hinaus auch Feldern wie Entwicklung, Klima, Digitalisierung oder Migration zuwenden, die einzelne Staaten allein nicht zu bewältigen vermögen.

Grundlegend dafür ist, die Beziehungen zwischen den europäischen und eurasischen Staaten von Spannungen zu befreien. Das erfordert, den gegenwärtigen Zustand zu überwinden, in dem der Kalte Krieg die Staatenbeziehungen als Waffe missbraucht. Der KSZE-Prozess bietet dafür breitere strukturelle Anregungen:

Erstens: Der KSZE-Prozess funktionierte parallel zum ersten Kalten Krieg und bot somit Fora zum Problemabgleich.

Zweitens: Prioritäres Verständnis von „Konfliktzivilisierung“ war die Prävention von Krieg zwischen den **Staaten**. Das beruhte auf einer Perzeption, der zufolge nicht Systemunterschiede *per se* eine primäre

---

10 Gernot Eler: Neue Ostpolitik – Entspannen, Eindämmen, Abschrecken? DGAP-Veranstaltung, Berlin, 1. Juni 2017. <https://dgap.org/de/veranstaltungen/neue-ostpolitik-entspannen-eindaemmen-abschrecken>.

Bedrohungsursache darstellen, sondern die Militarisierung des Umgangs mit diesen. Daraus entwickelte sich im Laufe des Helsinki-Prozesses folgendes Verhaltenssystem:

A) Die europäischen Führungen konzentrierten ihr Herangehen an die Entschärfung ihres Systemkonflikts auf dessen eigentliche Träger, die auch die späteren Säulen friedlicher Koexistenz zu sein hätten – auf die Staaten. Es war das Primat gegenseitiger Sicherheit und Zusammenarbeit, welches die Staaten zu friedlicher Koexistenz motivierte, was wiederum die Stabilität der Staatenbeziehungen voraussetzte. Beides entspricht zwischenstaatlichem Frieden, also internationalem Frieden.

B) Sie verstanden es, das Staatenverhältnis vor dem eigentlichen Damoklesschwert permanenter gegenseitiger Sicherheitsbedrohung zu bewahren und ihr (auch persönliches) Verhältnis auf den Führungsebenen zu entspannen und in Takt zu halten.

C) Ost und West vermochten es, während des ersten Kalten Kriegs die sicherheitspolitische Unberechenbarkeit auf einem gegenseitig abgestimmten Niveau „einzufrieren“ oder zu adjustieren. Dazu schufen sie sich sowohl vor und mit Helsinki, als auch mit dem vereinbarten KSZE-Prozess die erforderlichen politischen und militärischen vertrauensbildenden Strukturen.<sup>11</sup> Diese ermöglichten eine vergleichsweise gegenseitige sicherheitspolitische Berechenbarkeit. Das kam vor allem einem „Ruhe der Waffen“ in Zentraleuropa, an der Trennlinie zwischen den Pakten zugute.

D) Diese Waffenruhe trug ein jeweiliger militärischer *Status quo*. Die Seiten verständigten sich in der „Schlussakte von Helsinki“ über präventive Prinzipien,<sup>12</sup> deren Beachten verhindern sollte, dass politischer Unfrieden in militärischen umschlägt.

E) Daraus entwickelte sich ein auf zwei Säulen beruhender *Modus vivendi* zwischen Ost und West: Säule eins der militärische *Status quo*,<sup>13</sup> Säule zwei die mit friedlichen Mitteln auszutragende politische Konkurrenz.

Jene Gesamtkonstruktion von *Modus vivendi* als Stabilität der Staatenbeziehungen, Arbeitsverhältnis auf Führungsebenen und militärischem *Status quo* erwies sich als eine Art Generalschlüssel zur friedlichen Koexistenz. Er ermöglichte konsequent demokratisches Verhalten der Staaten zu und miteinander und diente vor allem der großen internationalen und regionalen Stabilität.

Es ist vorstellbar, auf solcher oder ähnlicher Grundlage auch gegenwärtige regionale Konfliktsituationen zu „zivilisieren“. So ließen sich die äußerst gespannten Verhältnisse in Grenzregionen, beispielsweise von EU-Staaten mit der Russischen Föderation bzw. untereinander, vertraglich regeln.

---

11 So der Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffentests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser von 1963, der Atomwaffensperrvertrag von 1968, der SALT-I-Vertrag von 1972, das Abkommen zur Verhütung von Atomkriegen von 1973 und der im selben Jahr begonnene MBFR-Prozess zur wechselseitigen Truppenreduzierung mit Verhandlungen bis 1990.

12 Siehe Seite 1.

13 „Die Teilnehmerstaaten werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in ihren internationalen Beziehungen im Allgemeinen der Androhung oder Anwendung von Gewalt, die gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder auf irgendeine andere Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen und mit der vorliegenden Erklärung unvereinbar ist, enthalten. Die Geltendmachung von Erwägungen zur Rechtfertigung eines gegen dieses Prinzip verstoßenden Rückgriffs auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt ist unzulässig.“ KONFERENZ ÜBER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA, SCHLUSSAKTE, HELSINKI 1975, Absatz II. Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, S. 5.

## **Friedenspolitische Konturen und Entspannungswilligkeit**

In diesem Papier wurde eingangs darauf verwiesen, dass seine empirischen Untersuchungen produktive Konturen aufweisen. Sie sollen nunmehr aus entspannungsförderlicher Perspektive aufgefüllt werden. Der Anspruch lautet: Welche Konflikaspekte des West-Ost-Konflikts und neuen Kalten Kriegs wären pragmatisch und zeitnah überbrückbar?

Als „produktiv“ verdienen zunächst auch Konturen verstanden zu werden, die, bleiben sie unberücksichtigt, gestalterische Wege versperren. Das sei hier zunächst auf das eurasische Staatenverhältnis im OSZE-Raum angewendet. Die höchste Hürde ist der „Kalte Wertekrieg“, wie diese Studie verdeutlicht. Vielmehr ist in Rechnung zu stellen, dass der „europäische Wertekanon“ für nicht absehbare Zeiträume nicht auf der Tagesordnung asiatischer eurasischer Staaten steht. Dass diese ihre innere ordnungspolitische Verfasstheit über externe Staatenbeziehungen definieren, ist eine für das 21. Jahrhundert absurde Erwartung.

Als ein erster „Diskussionsaufschlag“ folgen im weiteren Überlegungen, wie im gemeinsamen eurasischen Raum der OSZE-Staaten mit der Identifizierung von Auswegen aus dem neuen Kalten Krieg sowie von Wegen zu modernen Verhaltensweisen friedlicher Koexistenz begonnen werden könnte. Dabei ist Friedenserhaltung die alles überwölbende Aufgabe.

Erstens: europäisch/eurasische Staatenverhältnisse und Staatenbeziehungen entspannen. Ein erster wesentlicher Schritt wäre, sie von den Gefechten um die Werteproblematik zu entlasten. So wären erhebliche atmosphärische Verbesserungen zeitnah erreichbar. Es ist kein objektiver Grund dafür zu erkennen, den „Kalten Wertekrieg“ nicht zu beenden. Aus dem Osten werden weder die Werte noch die politische Ordnungsidentität westlicher Gesellschaften gefährdet. Dafür gibt es weder seitens Russlands, noch der Staaten Zentralasiens oder des Kaukasus', noch des angrenzenden Chinas mit seiner spezifischen Kultur, seinen Werten und seiner Sprache eine Veranlassung.

Zweitens: das Durchsetzen der Menschenrechte sollte seinen Schwerpunkt auf die Bewahrung der physischen Unversehrtheit des Menschen als elementarste Voraussetzung jeden demokratischen Fortschritts legen. Die physische Unversehrtheit des Menschen einfordernde und schützende Konventionen sind durchzusetzen. Als Orientierung könnte gelten: „Pragmatischer Umgang mit Vielfalt im internationalen System und Verzicht auf dessen offizielle Missionierung zu demokratischer Homogenisierung. Im Gegensatz zu weit verbreiteten Behauptungen, stellt dies die Demokratie in keiner Weise in Frage, sondern reaktiviert ihren Kern: die Selbstbestimmung der Völker.“<sup>14</sup>

Drittens: für die eurasischen Staatenbeziehungen einen diplomatischen Ansatz friedlicher Koexistenz unter pluralen soziokulturellen und religiösen Bedingungen entwickeln. Ausgangspunkt könnte eine realistische Bewertung von Stellenwert und Platz der Werteproblematik in der Multipolarität des gemeinsamen eurasischen Raums sein. Für den Umgang mit dem Wertekonflikt sollten Modalitäten entwickelt werden, die kooperative Staatenverhältnisse ermöglichen. Die Werteproblematik ist aus dem militärpolitischem Kontext zu entfernen, einschließlich der NATO-Strategie 2030.

Viertens: Einhaltung der Prinzipien der „Helsinki-Schlussakte“ sowie der „Charta von Paris“ durch deren Signatarstaaten. Im Rahmen der OSZE sollten deren Signatarstaaten sich erneut dazu verpflichten, deren Prinzipien und Grundregeln einzuhalten. Für ein solches Erfordernis spricht, dass

---

14 Hans-Joachim Spanger, a.a.O., S. 45.

sowohl der West-Ost-Konflikt und der neue Kalte Krieg jene Staatenvereinbarungen eklatant verletzen, als auch, dass bei Vertragstreue die gegenwärtige Krise der Staatenbeziehungen vermeidbar war. Daraus gilt es dauerhaft Lehren zu ziehen. Die KSZE- und OSZE-Gründungsakte sollten ihre Gültigkeit als normativer Bezugsrahmen eurasischer OSZE-Staatenbeziehungen bewahren.

Fünftens: die OSZE sollte maßgeblich auf die Überwindung des West-Ost-Konflikts und des neuen Kalten Kriegs hinwirken. Die Konfliktstruktur des West-Ost-Konflikts sowie des neuen Kalten Kriegs weist u.a. Brennpunkte militärischen Charakters auf. Deren präventive Regelung trüge wesentlich zu europäischer Entspannung bei, so durch regionale Nichtangriffsvereinbarungen entlang der EU-Ostgrenze.

Die OSZE sollte eine Leitfunktion bei der Modernisierung der friedlichen Koexistenz im euroasiatischen Raum übernehmen. Sie ist die dafür am effektivsten ausgestattete regionale Organisation mit bewährten Staatenbeziehungen und -mechanismen, gegenseitiger Kenntnis politischer Positionen und von allen Mitgliedsstaaten anerkannte konstitutive Prinzipien und Regeln. Jedoch erfuhr auch dieser Raum seit der „Charta von Paris“ eine bemerkenswerte Pluralisierung von Interessen, Werten und politischen Systemen, deren Dynamik ein dogmatisiertes Werteparadigma nicht zu folgen vermochte, zukünftig immer weniger. Noch verfügt die OSZE über Voraussetzungen, „Laboratorium“ für das Konstruieren eines eurasischen modernen dynamischen Verständnisses friedlicher Koexistenz zu sein. Sie sollte mit einer „Offensive“ regionaler vertrauensbildender Maßnahmen starten, die auf gegenseitigen Nutzen zielt. Egon Bahr betonte: „Bei Spannungen schrumpft der Einfluss Europas, bei Konfrontation verringert sich sein Gewicht, bei Ausbruch offener Gewalt verschwindet es weitgehend. Krieg ist der Feind Europas.“

Weiterlesen: <http://welttrends.de/friedliche-koexistenz-in-unserer-zeit/>